Offener Brief zur Krisenlage im Libanon

Seit Jahren befindet sich der Libanon in einer schweren Krise, die das Land politisch wie wirtschaftlich zunehmend destabilisiert hat. Nun hat die fortgesetzte Eskalation zwischen Israel und der Hisbollah bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit zu einem verheerenden Krieg geführt, dessen Ende trotz der aktuellen Verhandlungen derzeit nicht absehbar ist.

Durch diesen Krieg wurden nach Angaben der libanesischen Behörden bereits fast 1.500 Menschen und drei Blauhelmsoldaten getötet. Krankenwagen, Sanitäterinnen und Sanitäter und weitere Ersthelfende werden angegriffen. Über eine Million Menschen sind auf der Flucht, darunter, so die Angaben von UNICEF, 370.000 Kinder.

Über verschiedene akademische und zivilgesellschaftliche Vereine und Organisationen sind wir eng mit der Near East School of Theology (NEST) sowie weiteren kirchlichen Institutionen im Libanon verbunden und stehen mit Freunden und Bekannten im Libanon im engen Kontakt.

Zahlreiche engagierte Initiativen vor Ort, darunter auch viele kirchliche, stellen in der Krise so gut es geht dringend benötigte Hilfe zur Verfügung, fast ausschließlich finanziert durch Spenden. So bringt auch die National Evangelical Church Beirut (NECB) in Zusammenarbeit mit der NEST 300 Geflüchtete, darunter viele Kinder, in einem ehemaligen Schulgebäude unter. Sie werden mit Essen versorgt, aber auch mit einem Freizeitprogramm, das insbesondere den Kindern ein Stück Ablenkung bieten kann und soll. Trotzdem ist das Leid im Libanon bereits jetzt viel zu groß, als dass diese Initiativen es umfassend abfangen können: Die Menschen im Libanon helfen, wo sie können, aber sie können nicht mehr.

Die politische Situation und die bereits jetzt massive Zerstörung insbesondere im Südlibanon lassen erwarten, dass die Binnenvertriebenen auf absehbare Zeit nicht zurückkehren werden. Dies bedeutet insbesondere für die Hauptstadt Beirut eine enorme zusätzliche Beanspruchung der Infrastruktur und eine damit verbundene Ressourcenknappheit, die auch zu einer Bedrohung des fragilen interreligiösen Friedens werden kann. Aussagen der israelischen Regierung lassen befürchten, dass ein Ende der Eskalation noch lange nicht erreicht ist. So fordert Finanzminister Smotrich die Annexion des Südlibanon und Verteidigungsminister Katz eine Verwüstung im Südlibanon wie im Gazastreifen.

Gleichzeitig bedroht auch die Hisbollah die Integrität des libanesischen Staates und beschädigt die Autorität von Premierminister Nawaf Salam und Präsident Joseph Aoun. Die Gruppe führt weiterhin paramilitärische Operationen gegen die israelische Bevölkerung durch und handelt so in direkter Opposition zum Ziel der libanesischen Regierung, das Monopol über alle Waffen und die Verteidigung der libanesischen Bevölkerung zu erlangen. Solche Handlungen beschädigen nicht nur die staatliche Souveränität, sondern bedrohen auch langfristig die Stabilität des Libanon.

Wir sind angesichts der nicht abreißenden Bilder und Nachrichten fassungslos und in großer Sorge um die Menschen im Libanon. Die Angriffe derzeit, der massive Schaden auch unter der Zivilbevölkerung und die Bodenoffensive mit dem Ziel einer Annexion des Südlibanon als „Pufferzone“ werfen ernstzunehmende Fragen hinsichtlich der Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf.

Deutschland muss vor diesem Hintergrund endlich entschlossen handeln!

Wir fordern Sie daher dringend auf, sich im Rahmen ihrer parlamentarischen Möglichkeiten und gegenüber der Bundesregierung für die folgenden Punkte einzusetzen:

- **Eine völkerrechtlich fundierte Bewertung der aktuellen Kampfhandlungen,** insbesondere in Hinblick auf Angriffe mit vermeidbaren zivilen Opfern, Angriffe auf zivile Infrastruktur ohne militärische Notwendigkeit und die gezielte Zerstörung von landwirtschaftlicher Fläche, auch unter Einsatz von Phosphormunition.
- **Eine konsequente Anwendung der deutschen Gesetzeslage zum Export von Rüstungsgütern** und Dual-Use Gütern, solange die Anwendung des Völkerrechts durch das Zielland Israel nicht sichergestellt ist.
- **Eine diplomatische Initiative Deutschlands in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern** für eine sofortige Deeskalation des Konflikts, eine beidseitig eingehaltene, langfristige Waffenruhe und weiterführende Verhandlungen.
- **Eine Prüfung der Aussetzung des Assoziierungsabkommens EU-Israel**, um sicherzustellen, dass Artikel 2 (Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien) eingehalten wird.
- **Die Stärkung internationaler Initiativen für eine umfassende Untersuchung und Dokumentation von Völkerrechtsverstößen** und zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen.
- **Eine diplomatische und politische Stärkung der UNIFIL-Mission** durch Deutschland, insbesondere für den Schutz der Blauhelmsoldatinnen und -soldaten und eine Stärkung ihres Mandats.
- **Die Unterstützung der Bemühungen der aktuellen libanesischen Regierung** beim Wiederaufbau staatlicher Souveränität insbesondere im Hinblick auf die Entwaffnung der Hisbollah als nicht-staatlichem Akteur.
- **Die Priorisierung des Schutzes ziviler Infrastruktur** insbesondere von Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern und medizinischem und humanitärem Personal und die Unterstützung von in diesem Bereich aktiven internationalen Nichtregierungsorganisationen.
- **Eine verstärkte finanzielle und strukturelle Unterstützung** für die aktuelle Krisenbewältigung sowie den perspektivischen Wiederaufbau des Libanon.
- **Die gezielte Förderung lokaler Akteure** beispielsweise durch die Einrichtung unbürokratischer Förderinstrumente im Bereich der humanitären Hilfe, insbesondere der medizinischen Versorgung, der Traumahilfe, der Versorgung von Binnenvertriebenen aber auch zur Förderung des interreligiösen und interkonfessionellen Dialogs.
- **Die Schaffung von Schutzprogrammen für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierender** durch beschleunigte Visaverfahren und die Stärkung von Austauschprogrammen.

Häufig gerät die Situation im Libanon in der deutschen Öffentlichkeit angesichts noch größerer Konflikte und Krisenherde in den Hintergrund. Bitte tragen Sie als Mitglieder des Bundestags dazu bei, dass das Leid der Menschen vor Ort die politische Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient.

Individuell und institutionell sind wir jederzeit ansprechbar und bereit, mit unseren Netzwerken die oben genannten Bemühungen zu unterstützen!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Freunde der NEST e.V.

Der Beirat und der Geschäftsführende Ausschuss des SiMO-Studienprogramms

Der Libanon-Freundeskreis der EKHN und EKKW

Fokus Nahost e.V. - Netzwerk für Frieden und Vielfalt

Evangelische Gemeinde zu Beirut

Nahosthilfe der EKM